

Bundeskanzleramt  
Bundeskanzlerin Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

**KREISVERBAND DARMSTADT-STADT**

Kreisvorsitzender

Peter Mayer  
Steubenplatz 12  
64293 Darmstadt  
Tel. 0 61 51 – 1 712 0  
e-mail: info@cda-darmstadt.de

23. Februar 2010

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

eine gerechte Lastenverteilung ist eine schwierige politische Aufgabe, besonders in Krisenzeiten. Die CDU muss, nach unserer Meinung gewährleisten, dass Menschen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können und dass ihnen dafür auch der notwendige finanzielle Spielraum aus ihrem Arbeitseinkommen bleibt.

Unter diesem Gesichtspunkt bitten wir Sie, bei den anstehenden Verhandlungen über eine Gesundheitsreform dafür zu sorgen, dass nicht alle zukünftigen Kostensteigerungen einseitig den Versicherten aufgebürdet werden und der Arbeitgeberbeitrag bei 7% festgeschrieben wird. Es besteht sonst die Gefahr, dass ein beträchtlicher Teil unserer Bevölkerung mittelfristig überfordert wird.

Im Koalitionsvertrag ist ein Finanzvorbehalt für die Gesundheitsreform festgeschrieben, aber ob dadurch die „Kopfpauschale“ oder „Gesundheitsprämie“ verhindert wird, erscheint uns zweifelhaft, weil der Gesundheitsminister jetzt sein politisches Schicksal mit deren Einführung verknüpft hat.

Die CDA macht sich zum Anwalt der Menschen, die im unteren Einkommenssektor bisher von ihrer Arbeit selbstständig leben können und die durch jährliche Steigerungsraten im Gesundheitsbereich von 4 bis 5% von staatlichen Transferleistungen abhängig werden oder mit medizinischer Versorgung in Billigversion vorlieb nehmen müssen.

Bitte bedenken Sie, dass die Wirtschaft bereits auf vielfältige Weise entlastet wurde, dass der Gesundheitssektor eine gewaltige Wachstumsbranche in Deutschland ist und dass durch einseitige Belastung von Millionen Versicherten Kaufkraft verloren geht, die als Impuls für Handel und Wirtschaft nötig ist.

Wir sind der Meinung, dass die Gesundheitspolitik ein ganz zentrales Thema der Sozialpolitik bleiben wird. Die Menschen sind schon jetzt misstrauisch, weil sie mit der Praxisgebühr und dem Zusatzbeitrag einen Schritt in die einseitige Belastung der Versicherten erleben. Die solidarische Krankenversicherung hat als Bündnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen entscheidenden Beitrag zum sozialen Frieden geleistet und sollte nicht zur Disposition gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Mayer  
Kreisvorsitzender der CDA Darmstadt-Stadt